Munitionsklau: Polizei bittet um Hilfe

BURG/AW. Nach dem Diebstahl von fast 20.000 Schuss Bundeswehrmuntion aus einem Transporter in Burg in der Nacht zum 25. November bittet die Polizei jetzt um Zeugenhinweise. Die Ermittler haben nach anfänglicher Zurückhaltung „aus ermittlungstaktischen Gründen“ dabei gestern erstmals nähere Angaben zum betroffenen Fahrzeug sowie zum Tatort gemacht.

Demnach handelte es sich bei dem Fahrzeug, das die Munition am Folgetag zur Clausewitz-Kaserne in Burg bringen sollte, um einen weißen Renault-Transporter mit Planenanhänger einer privaten Speditionsfirma. Der Transporter war zur Tatzeit in der Blumenthaler Landstraße in Burg, unmittelbar vor der Einmündung zur Marientränke, abgestellt, hieß es weiter.

Die Ermittler fragen: Wer hat am Tatort in der Blumenthaler Landstraße Personen an dem abgestellten Fahrzeuggespann beobachtet? Wem sind im Stadtgebiet Burg auffällige Fahrzeuge, eventuell auch mit ortsfremden Kennzeichen, aufgefallen? Wer kann darüber hinaus sachdienliche Hinweise geben? Der oder die Täter hatten insgesamt 10.000 Schuss scharfe Gefechtsmunition für Pistolen, 9.900 Schuss Manövermunition für Gewehre sowie 15 Stück Pyrotechnik aus dem Anhänger des Transporters gestohlen. Entdeckt worden war der Verlust erst bei der geplanten Übergabe der Munition in der Kaserne.

Hinweise nimmt die Polizei unter 03931/682370 oder jede andere Polizeidienststelle entgegen.

Schneller mit Zug von Halle nach Berlin

HALLE/STENDAL/DPA. Pendler können aufatmen: Von Halle nach Berlin geht's künftig knapp eine Stunde schneller. Die Bahnverbindung zwischen Berlin und Halle ist nach fast drei Monaten Baustelle wieder am Netz. Nach aktuellem Stand kann die Anhalter Bahn ab dem Fahrplanwechsel am Sonntag wieder wie geplant befahren werden, wie die Deutsche Bahn auf Anfrage mitteilte. Dadurch können Pendler ab Sonntag wieder deutlich schneller zwischen Berlin und Halle hin- und herfahren.

Änderungen gibt es auch im Regionalverkehr in Sachsen-Anhalt. Das S-Bahn-Netz werde ausgebaut, teilte die Nahverkehrsgesellschaft (Nasa) mit. Es gebe u. a. künftig mehr Möglichkeiten für direkte Fahrten von Halle nach Leipzig.

Das Angebot der RB33 ins nördliche Stadtgebiet Stendal und nach Osterburg wird ausgeweitet. Ab Mai 2026 gibt es am Wochenende ein stündliches Angebot Stendal – Wittenberge.

In Kürze

Mann rast in Baustelle: Fünf Verletzte

SÜLZETAL/DPA. Ein Mann ist auf der Bundesstraße 81 bei Sülzetal (Landkreis Börde) mit seinem Fahrzeug in eine Baustelle gefahren. Auf Höhe der Abfahrt Langenweddingen prallte der 27-Jährige mit dem Auto gegen den Schutzzaun eines Gerüstes, wie die Polizei mitteilte. Der Fahrer kam schwer verletzt in ein Krankenhaus, seine vier Mitfahrer wurden leicht verletzt. Im Rahmen der Bauarbeiten wurden Starkstromkabel verlegt. Diese seien durch den Aufprall des Wagens nicht beschädigt worden, hieß es von den Mitarbeitern vor Ort.

825 Jahre Kupferbergbau im Mansfelder Land

Festjahr: In fast 300 Metern Tiefe steht Thomas Wäsche, Leiter des „Erlebnis-Zentrums Bergbau Röhrigschacht Wettelrode“, unter Tage im sogenannten Grünen Gewölbe. Die bunten Versinterungen sind durch gelöste Mineralien aus dem Kalkgestein entstanden. Die ersten Bergleute begannen im Mansfelder Land vor 825 Jahren, nach Kupfererz zu graben. Ab dem Jahr 1750 wurde intensiv Bergbau betrieben. Insgesamt wurden aus dem Erz des Gebietes rund 2,6 Millionen Tonnen Kupfer und 14.213 Tonnen Silber gewonnen. Mit 38 Veranstaltungen wird bis Dezember an den Beginn des Bergbaus und der Verhüttung in der Region des Mansfelder Landes erinnert. FOTO: DPA

Aufruhr in Osterwieck

Die niedersächsische Gemeinde Schladen-Werla prescht mit Windparkplan an der Grenze zu Sachsen-Anhalt vor. Ortsbürgermeister Kawitzke befürchtet Einschnitte in die Lebensqualität.

VON VERA HEINRICH

HORNBURG/RHODEN/OSTERODE. Eine Hiobsbotschaft sei das. Mit diesen Worten beschreibt Osterodes Ortsbürgermeister Olaf Chrost (parteilos) das, wozu der niedersächsische Ortsrat Hornburg (Landkreis Wolfenbüttel) in der benachbarten Gemeinde Schladen-Werla am 3. Dezember seine Empfehlung gegeben hat: Gemeint sind die Pläne zur Änderung eines Flächennutzungsplans mit dem Ziel, damit die planerischen Voraussetzungen für einen Windpark zu schaffen.

Dieser soll zwar auf niedersächsischer Seite errichtet werden, aber bis unmittelbar an die Gemarkungsgrenzen von Osterode am Fallstein und Rhoden (Harzkreis). Welche Befürchtungen den Ortsbürgermeistern beider Dörfer nun Sorge bereiten:

Die Kirchliche Energiekreislauf Freiflächen GmbH & Co. KG möchte als Projektentwickler in der Gemeinde Schladen-Werla 13 Windenergieanlagen bauen lassen, wie aus der vorliegenden „Begründung zur 45. Änderung des Flächennutzungsplanes“ zu erfahren ist. Es handelt sich laut Gebietsblatt um drei Teilflächen, die sich auf einer Gesamtfläche von rund 138 Hektar östlich von Hornburg und südlich von Seinstedt im Landkreis Wolfenbüttel sowie nordwestlich von Rhoden und westlich von Osterode am Fallstein im Harzkreis erstrecken.

Zwar halten die Planungen den vorgeschriebenen Mindestabstand von 1.000 Metern zur nächsten Wohnbebauung ein. In Rhoden betreffe das aber etwa ein Wohngebäude in knapp 1.200 Metern Entfernung. Ortsbürgermeister David Kawitzke (parteilos) befürchtet massive Einschnitte in der Lebensqualität. Sorgen bereiten ihm der Lärm, der Schlagschatten, der Naturschutz sowie die drastische Veränderung des Landschaftsbildes.

Lärmbelastung befürchtet

Sein Amtskollege aus Osterode am Fallstein, das drei Kilometer vom Planungsgebiet entfernt ist, teilt diese Sorgen. Der Windpark soll westlich von Osterode stehen und damit in Hauptwindrichtung. Das bringe eine stärkere Lärmbelästigung mit sich, die gemäß Gebietsblatt über 1.000 Metern Abstand zumutbar sei.

Olaf Chrost ist da anderer Meinung und wünscht sich, dass man schon eher mit ihnen das Gespräch gesucht hätte. Schon in der Gemeinderatssitzung am 21. Mai 2025 hat der Rat Schladen-Werla den Anstoß gegeben mit einem Aufstellungsbeschluss.

Im Zuge der Anhörung im Rahmen der Fortschreibung des Zweckverbandes Großraum Braunschweig hat die Stadtverwaltung Osterwieck bereits Stellung bezogen zu dem Vorhaben. Sie lehnt das Projekt aus mehreren Gründen strikt ab.

So verfolgt die Einheitsgemeinde längst eigene Pläne zum Windkraft-Ausbau. Das für den Windpark Hornburg vorgesehene Gebiet unterschreite die Mindestabstände zum bereits in Planung befindlichen Windpark „Bühne-Göddeckenrode“ erheblich mit etwa 1.800 bis 1.900 Metern.

Damit werde das ohnehin umstrittene Abstandskriterium von zwei Kilometern des Regionalverbandes Großraum Braunschweig nicht eingehalten, heißt es aus dem Rathaus. „Im Konflikt steht dieser Abstand außerdem mit den Festlegungen unserer Planungsgemeinschaft Harz von fünf Kilometern oder im Einzelfall 3,7 Kilometern Abstand zwischen Windparks.“

Zudem wird auf das Vorkommen des Rotmilans südlich des Gebiets hingewiesen, das laut Stadtverwaltung sehr wahrscheinlich über den im Gebietsblatt beschriebenen Umfang hinausgehe.

Eigene Pläne in Osterwieck

Die Stadt Osterwieck strebt zudem die Gründung einer eigenen Energiegesellschaft an, für die sie aktuell auf Namenssuche ist. Über Social Media konnten Vorschläge eingereicht werden, über die der Stadtrat final entscheidet.

Eine Bürgerinitiative hat auf der Plattform inn.it eine Petition gestartet, um den Bau des Windparks in Hornburg zu verhindern.

Zu wenig Kaffeebohnen in der Tüte

Verbraucherschützer machten den Test.

VON MICHAEL BOCK

MAGDEBURG. Die Verbraucherzentrale Sachsen-Anhalt hat in einer aktuellen Marktstichprobe die Füllmengen verschiedener Lebensmittel untersucht. Das Ergebnis: Zuweilen ist weniger Inhalt in Packungen drin, als angegeben wird.

Wie die Verbraucherschützer gestern mitteilten, hatten sie 736 Lebensmittel aus sieben Warengruppen untersucht. Bei 57 Produkten (7,7 Prozent) sei eine zu geringe Füllmenge festgestellt worden – häufig bei Mehl, Kartoffeln und Kaffeebohnen.

Positiv schnitten dagegen frische Heidelbeeren, ganze Mandeln und Frischkäse ab. Hier stimmten Angaben und Inhalt überein.

Zu wenig in der Packung

Kaffeebohnen fielen bei den Stichproben besonders negativ auf. Von 46 geprüften Ein-Kilogramm-Packungen wiesen den Verbraucherschützern zufolge 44 Packungen eine sogenannte Unterfüllung auf – also mehr als 95 Prozent. Zwar hätten die Abweichungen innerhalb der gesetzlichen Toleranzen gelegen. „Doch das sogenannte Mittelwertprinzip erlaubt Unterfüllungen nur dann, wenn diese durch überfüllte Packungen derselben Charge ausgeglichen werden“, hieß es. Im Test hätten aber nur zwei Kaffeebohnen-Packungen mehr Inhalt gehabt, als angegeben war.

Finanzieller Schaden

Der finanzielle Schaden für den Einzelnen scheine gering, summiere sich jedoch erheblich. Hochgerechnet auf den deutschen Markt würden Verbraucher rund zwölf Millionen Euro für Kaffeebohnen bezahlen, die sie nicht erhalten, so die Rechnung der Verbraucherschützer.

Die Fachleute empfehlen, beim Kauf auf beschädigte Verpackungen zu achten. Vor allem bei Mehl könnte unsachgemäße Lagerung zu Gewichtsverlusten führen.

Es wird geraten, Packungen mit deutlich zu wenig Inhalt zu reklamieren. Geeichte Waagen wie im Supermarkt könnten genutzt werden, um zu überprüfen, ob wirklich so viel drin ist wie draufsteht. Heimische Küchenwaagen seien dafür ungeeignet. Sollte festgestellt werden, dass Inhalt fehlt, könnten sich Verbraucher direkt an den Hersteller wenden oder eine Verbraucherbeschwerde beim zuständigen Landeseichamt aufgeben.

Aus der Perspektive eines Politikers

Viertklässler dürfen bei einem Besuch im Landtag selbst Beschlüsse fassen.

VON ALINA BACH

MEDIENKLASSE
Ein Schulprojekt der Mitteldeutschen Zeitung und der Volksstimme

UNTER DER SCHIRMHERRSCHAFT VON
SACHSEN-ANHALT
Ministerium für Bildung

UNSERE PARTNER
Sparkasse MagdeBurg
fjp>media

MAGDEBURG. Wie politische Entscheidungen entstehen, ist für Grundschüler oft schwer vorstellbar. Beim Besuch einer vierten Klasse aus Arneburg im Landtag zeigte sich jedoch, wie schnell sich abstrakte Abläufe erschließen lassen, wenn Kinder selbst aktiv werden.

Im Rahmen des Programms der Medienklasse erfahren die Schülerinnen und Schüler, dass Politik nicht erst im Parlament beginnt. Besucherdienst-Mitarbeiter Felix Buchholz verdeutlicht dies mit einfachen Beispielen aus ihrem Alltag: vom Abendessen zu Hause bis zur Frage, welches Spielgerät auf dem Schulhof stehen soll oder ob eine Bushaltestelle saniert werden muss. Die Kinder erkennen, dass Entscheidungen immer etwas mit Aushandlung zu tun haben.

Bei ihrem Rundgang entwickeln sie ein Gefühl dafür, wie im Landtag gearbeitet wird. Sie sehen den Platz des Präsidenten, den Aufbau des Plenarsaals und die Wege, auf denen Abgeordnete sonst unterwegs sind. „Der große Raum mit den Mikrofonen“ bleibt der zehnjährigen Feli besonders im Gedächtnis.

Im anschließenden Planspiel übernehmen die Kinder selbst politische Rollen. Drei Fraktionen bilden sich, Klassenlehrerin Uta Jüttner übernimmt im Plenarsaal die Rolle der Landtagspräsidentin. Lebhaft diskutiert wird über die Einführung einer Vier-Tage-Schulwoche. Die Schülerinnen und Schüler tragen ihre Argumente vor und entscheiden schließlich mit deutlicher Mehrheit: 16 Stimmen sprechen sich dafür aus, eine dagegen.

Grundschüler aus Arneburg haben bei einem Besuch im Landtag die Luft der Politiker geschnuppert. FOTO: ALINA BACH

Buchholz weist die Viertklässler aber darauf hin, dass die Abstimmung eine Simulation bleibt und am Freitag regulärer Unterricht stattfindet. Der Besuch zeigt dennoch Wirkung: Einige Kinder können sich vorstellen, später selbst politisch aktiv zu werden, wie der zehnjährige Leon. Auch Zindy Kuhn, die als Begleitperson dabei war sagt: „Das ist auch für die Großen interessant.“